

INHALT:

Stellungnahme

Anja Bierwirth
Leiterin Forschungsbereich „Stadtwandel“
Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie

zum Thema

„Klimagerechte Infrastrukturen/Lebensräume für junge Menschen“

Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung | 13.06.2025

„Klimagerechte Infrastrukturen/Lebensräume für junge Menschen“

Anja Bierwirth

Leiterin Forschungsbereich „Stadtwandel“

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie

Allgemeine Fragen

1 | Inwiefern sehen Sie Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene innerhalb ihrer Lebenserwartung von absehbar möglichen Entwicklungen

- in Gesundheit, Bildung und Versorgung
- in der Raum- und Siedlungsplanung,
- im Verkehr und in der Kommunikation,
- auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft,
- in Denkmalschutz, Kultur, Sport und Freizeit sowie
- in privaten und öffentlichen Finanzen

einerseits genauso wie alle anderen Generationen und andererseits in für ihre Kohorten jeweils besonderer Weise betroffen von der Klimakrise?

Da es als wissenschaftlich gesichert gilt, dass die Folgen des Klimawandels, wie Starkregen und Hochwasser, Hitze, Sturm etc. auch in den nächsten Jahrzehnten weiter zunehmen werden, ist zu erwarten, dass die jüngeren Alterskohorten mit (1) mehr und (2) extremeren Wetterereignissen zu tun haben werden, die heute schon zu beobachten sind. Küstenregionen wie in Mecklenburg-Vorpommern sind dabei zusätzlich durch den ansteigenden Meeresspiegel bedroht. Das wiederum führt zu physischen und psychischen gesundheitlichen Belastungen sowie Schäden an Infrastrukturen wie Gebäuden, Verkehrs- und Versorgungsinfrastrukturen (Energie, Wasser, Kommunikation etc.)

Hinzu kommen globale Klimawandelfolgen, die sich teils direkt, teils indirekt auf Mecklenburg-Vorpommern auswirken. Dazu gehören Migrationsbewegungen durch unbewohnbar werdende Gebiete, zunehmende kriegerische Konflikte weltweit durch Versorgungsengpässe insbesondere durch die Folgen für die Landwirtschaft und die Wasserwirtschaft.

Stadtplanung/ -entwicklung

2 | Wie kann familienfreundliche Stadtplanung gelingen?

Familienfreundlichkeit in der Stadtplanung betrifft unterschiedliche Bereiche, wie beispielsweise die Nahversorgung und Erreichbarkeit von Einrichtungen für Bildung, Versorgung, Gesundheit und Freizeit, die Wohnraumversorgung und nicht zuletzt die Verkehrsplanung. Gerade Kinder und Jugendliche sind für eine selbständige Mobilität auf ein gut ausgebautes Fuß-, Rad- und ÖPNV-System angewiesen. Qualitätsvolle Grünflächen mit Spiel- und Bewegungsflächen sollten ebenso gut erreichbar

sein wie Bildungs-, Gesundheits- und Kultureinrichtungen und Angebote zur Besorgung von Dingen des täglichen Bedarfs. Eine familienfreundliche Stadtplanung kann besonders dann gelingen, wenn die unterschiedlichen Ämter, die für die jeweiligen Bereiche zuständig sind, kooperativ in (planerischen) Prozessen zusammenarbeiten. Stadtplanung und die Umsetzung von Stadtentwicklungsprojekten sind langwierig. Sie sollten darum nicht den Status Quo zum Maßstab nehmen als vielmehr zukunftsgerichtet für die heute junge und kommende Generationen planen.

3 | Welche unterschiedlichen Möglichkeiten bestehen zwischen Raum- und Stadtplanung im ländlichen bzw. urbanen Raum?

Sowohl urbane wie auch ländliche Räume haben ihre Vor- und Nachteile. Gleichzeitig sind sie voneinander abhängig. Grob gesprochen: Während der ländliche Raum mit Landwirtschaft, Naherholung und mehr Potenzialen für erneuerbare Energien Versorgungsleistungen für die Stadt übernimmt, ist diese wiederum Versorgungsorte für Menschen in ländlichen Räumen, im Hinblick auf Bildungs-, Gesundheits- und kulturelle Einrichtung, um nur einige Beispiele der wechselseitigen Versorgungsleistungen zu nennen. Um Vorteile zu bündeln und Nachteile auszugleichen ist eine grundsätzlich kooperative Haltung und Zusammenarbeit gefragt statt Konkurrenzdenken.

- a) Welche Vorteile kann der ländliche Raum in dieser Hinsicht bieten?
- b) Welche Rahmenbedingungen und Unterstützung kann die jeweilige Kommune leisten?

Politische Aspekte

- 4 | Durch welches Handeln können Land und Kommunen die Lebensperspektiven von Kindern und Jugendlichen optimieren und damit gleichwertige Lebensverhältnisse sowie die Gewährung von Freiheiten aller sicherstellen?
- 5 | Durch welches Handeln können Land und Kommunen den flächendeckenden Vorhalt kritischer Infrastrukturen gemäß BSIG und Bund-Länder-AG und einer erreichbaren Daseinsvorsorge absichern?
- 6 | Wie sollten Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene angesichts der Klimakrise an der Sicherung und Entwicklung ihrer zukünftigen Lebensräume und Infrastrukturen beteiligt bzw. berücksichtigt werden, und mit welchen Rechten müssen sie dafür gegenüber den älteren Generationen ausgestattet sein?
- 7 | Fördert die Politik einseitig erneuerbare Energien auf Kosten von Technologien, die von einigen als zuverlässiger und günstiger angesehen werden?

Die Frage lässt sich in zweierlei Hinsicht beantworten: (1) die Abwägung zwischen erneuerbaren Energieträgern im Vergleich zu fossilen und atomaren Energiequellen

und (2) die Förderung von erneuerbaren Energien im Vergleich zu Effizienztechnologien und Energieeinsparung.

Zu (1): Der Ausbau erneuerbarer Energien ist unverzichtbar zur Erreichung der Klimaschutzziele. Ein Festhalten an atomaren und fossilen Energieträgern ist schon allein aus Sicht des Klimaschutzes nicht vertretbar, es ist aber auch volkswirtschaftlich betrachtet deutlich teurer. Das gilt sowohl für die Atomkraft im Hinblick auf technische Störungen in Kraftwerken oder die Kosten für die Lagerung von radioaktiven Abfällen, für die es bis heute keine sichere Lösung gibt. Es gilt aber auch für fossile Energieträger. In verschiedenen Untersuchungen wurde deutlich, dass Vermeidungskosten von Emissionen deutlich geringer sind als die Kosten, die die Folgen des Klimawandels verursachen.

Gleichwohl sollte der Fokus nicht allein auf den Ausbau Erneuerbarer gelegt werden. Denn letztlich sind Effizienzmaßnahmen und Energieeinsparung an vielen Stellen günstiger. Hierbei geht es allerdings nicht um ein „entweder – oder“, sondern um ein „sowohl – als auch“, denn Energieeinsparungen reduzieren den Bedarf des Ausbaus erneuerbarer Energien. Da der Energieeinsparung aber Grenzen gesetzt sind, muss der verbleibende Bedarf mittel- bis langfristig über erneuerbare Energien gedeckt werden.

8 | Welche Risiken sehen Sie darin, dass ländliche Regionen durch klimagerechte Planung benachteiligt werden?

Es ist unklar, worin genau eine mögliche Benachteiligung ländlicher Regionen durch klimagerechte Planung gesehen wird. Klimagerechtigkeit ist so zu verstehen, dass menschliches Handeln keine negativen Auswirkungen auf das Klima hat, um die Folgen des Klimawandels möglichst gering und beherrschbar zu halten. Da auch ländliche Räume von den Folgen betroffen sind, ist das Ziel der Klimaneutralität generell somit auch für diese Regionen vorteilhaft. Folglich findet eine Benachteiligung von ländlichen Räumen in der Planung nicht dadurch statt, dass sie klimagerecht ist. Gleichwohl wäre es wünschenswert, wenn Klimaschutz, Anpassung an die Folgen des Klimawandels, soziale und gesellschaftliche Belange in Planungen integriert betrachtet würden. Hier sehe ich durchaus Verbesserungsbedarf und vermute auch eine Benachteiligung ländlicher Regionen.

9 | Wie kann verhindert werden, dass ideologische Klimapolitik die wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze für junge Menschen gefährdet?

Die Frage ist so nicht zu beantworten, da Klimapolitik keine Ideologie, sondern eine Notwendigkeit ist, um – gerade für junge Menschen – eine lebenswerte Zukunft zu sichern. Das bezieht sich auch auf die wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze. Gerade für energieintensive Industrien, ressourcenintensive produzierende Gewerbe aber auch Land- und Forstwirtschaft sind Innovation, Strategien, Technologien und Prozesse gefragt, die klima- und umweltverträglich sind, die Ressourcenknappheit und Abhängigkeiten von (globalen) Lieferketten kritisch hinterfragen und zukunfts-trächtige Entwicklungen befördern. Hierzu gehören etwa das zirkuläre Wirtschaften und seine Potenziale für die Regionalwirtschaft ebenso wie Anpassungsmaßnahmen

im Hinblick auf Betroffenheit von Branchen und Unternehmen bezüglich der Folgen des Klimawandels. Ein Verharren in bestehenden Strukturen, Geschäftsfeldern und wirtschaftlichen Systemen birgt dagegen die Gefahr den Anschluss an eine sich global verändernde Wirtschaft zu verlieren und dadurch die wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze für junge Menschen zu gefährden.

Schutzmaßnahmen

10 | Mit welchen konkreten Veränderungen in den Infrastrukturen und in den Lebensräumen junger Menschen rechnen Sie für bis 2040 Geborene in Mecklenburg-Vorpommern im Hinblick auf Erwärmung, Meeresspiegelanstiege, Extremwetterereignisse, Artenwanderung und -schwund sowie aufgrund von gesundheitlichen, wirtschaftlichen und demografischen Folgewirkungen der Klimakrise? Welche Klimaszenarien legen Sie dabei zugrunde?

11 | Welche Maßnahmen und Programme – sowohl des Klimaschutzes, als auch der Klimaanpassung – leiten sie aus den erwarteten Veränderungen und Betroffenheiten ab?

12 | Inwieweit erwarten Sie Auswirkungen der Klimafolgen auf die Identifikation und das Engagement der jungen Generationen mit und für die sich verändernden Lebensräume ihrer Kindheit und Jugend?

Die Folgen des Klimawandels können Zukunftsängste und psychische Belastung mit sich bringen. Es ist aber nachweislich gut, wenn Menschen sich an konkreten Projekten aktiv beteiligen können und so merken, dass sie selbst etwas bewirken können. Solche Projekte anzubieten und Beteiligung zu ermöglichen und zu unterstützen ist sehr sinnvoll.

13 | Wie können junge Menschen in ländlichen Gebieten von Klimainitiativen profitieren, ohne überproportional belastet zu werden?

14 | Wie bewerten Sie die Kosten sofortiger, durchgreifender Maßnahmen gegenüber späteren oder behutsameren Eingriffen?

15 | Welche wirtschaftlichen Belastungen entstehen durch klimafreundliche Infrastrukturen für die junge Generation, und sind diese vertretbar?

16 | Wie können Klimaschutzmaßnahmen sozial verträglich gestaltet werden, ohne die Lebensqualität junger Menschen zu gefährden?

17 | Gibt es Beispiele aus dem Ausland, die belegen, dass technologieoffene Ansätze besser funktionieren als einseitige Klimaschutzmaßnahmen?